696

Resolution

der Bezirkskonferenz des KJVD. Ostsachsen.

Die Bezirkskonferenz des Bezirks Ostsachsen des KJVD. stellt sich nach eingehender Diskussion einmütig und vorbehaltlos auf den Boden des offenen Briefes des EK. der KJ., und drückt seine Meinung über die zur Diskussion stehenden Fragen in folgendem aus:

1. Die Bezirkskonferenz lehnt die Stellung Maslows zum 1. Weltkongreß ab und erklärt: Gemäß der 3. Weltkongreß stellte den westeuropäischen Kommunistischen Parteien die Aufgabe, in der Periode des Niederganges der revolutionären Welle, durch die Anwendung einer richtigen Einheitsfrontaktik an die Massen der unter dem Einfluß der reformistischen Parteien stehenden Arbeiter heranzukommen. Die diesbezüglichen Beschlüsse bilden einen der wesentlichsten Bestandteile des Leninismus, die von Maslow in den verschiedensten Artikeln, vor allem aber in seiner Broschüre „Die zwei Revolutionen von 1917", angegriffen wurden. Ohne Durchführung dieser Beschlüsse ist eine Entwicklung der KPD. unmöglich. Was für die Partei zutrifft, gilt auch für den Jugendverband, und verpflichtet sich der Bezirk in diesem Sinne zu arbeiten.

2. Die Vorschläge der Exekutive in der Gewerkschaftsfrage finden die einstimmige Billigung der Jugend und fordert die Bezirkskonferenz die Mitgliedschaft auf, in den Freien Gewerkschaften, sowie in den Betrieben, die Arbeit zu verstärken. Gleichzeitig fordert sie vom Zentralkomitee, dieser Arbeit die stärkste Beachtung zu schenken.

Die Rußland-Jugend-Delegation ist der Anfang zur Bildung der Einheitsfront der arbeitenden Jugend in den Gewerkschaften und stellt der gegenwärtigen Periode den Angelpunkt dar zur Führung einer breiten Kampagne für die Einheit in den Gewerkschaften.

3. Die Bezirkskonferenz billigt die Heranziehung aller Genossen zur Parteiarbeit, auch derer, die bis vor kurzem noch in Opposition zur Zentrale standen. Sie erklärt aber, daß diese Heranziehung nur für diejenigen Elemente in Frage kommt, die ehrlich gewillt sind, im Sinne der Linie der Komintern zu arbeiten. Die Bezirkskonferenz erklärt ausdrücklich, mit aller Kraft gegen diejenigen Elemente zu kämpfen, die in irgendeiner Form den Brief ausnützen wollen, um die Partei nach rechts zu schleppen.

4. Die Delegierten werden alles daran setzen, daß die Diskussion im Sinne der Komintern geführt wird und beide Organisationen — Partei sowie Jugend — zu der inneren Festigkeit gelangen, um die gewaltige Aufgabe, die vor uns steht, zu erfüllen, die Organisierung der Revolution. Mit aller Entschiedenheit werden sie jeden Versuch, Partei oder Jugend vom Wege der bolschewistischen Massenpartei abzudrängen, entgegentreten und die Einheit der kommunistischen Organisationen zu erhalten wissen, allen Widersachern von ultralinks und rechts zum Trotz.

Mit der Komintern werden wir unsere Aufgaben durchführen und unter Anstrengung aller unserer Kräfte den Weg zur bolschewistischen Massenorganisation, und damit zur Führerin des Jungproletariats beschreiten. Durchführung unserer Aufgaben in den Gewerkschaften, Betrieben und unter der gegnerischen Jugend, sind für uns die Konsequenz der jetzigen Diskussion.

Dresden, den 27. September 1925.

Bezirkskonferenz KJVD. Ostsachsen.

Wir bringen morgen einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Jugendbezirkskonferenz.

Das Arbeitsgebiet Leuben geschlossen für den Brief des EKKJ.

Die AG.-Leitung Leuben hatte für das gesamte Arbeitsgebiet am Sonnabend eine außerordentliche Arbeitsgebietstagung einberufen, die nach den Referaten in den einzelnen Ortsgruppen zusammenfassend Stellung nehmen sollte zum Brief des EKKJ. und den nächsten Aufgaben. Diese Tagung war außerordentlich gut besucht. In seinem Referat erläuterte Genosse Goldhammer die durch den Brief aufgeworfenen Fragen und ging dann über zu den grundlegenden Aufgaben, deren Durchführung die Situation in Deutschland und im Weltmaßstabe von der KPD. im Interesse der Erweiterung ihres Zieles, Befreiung des deutschen Proletariats von den Fesseln in- und ausländischer Ausbeutung und Unterdrückung verlangt. Besonders die Frage der Gewerkschaftseinheit und der Reorganisation auf Betriebszellen als beste Garantie gegen opportunistische Abweichungen und die dadurch ermöglichte engste Fühlungnahme mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern wurden ausführlich behandelt. Die Ausführungen des Referenten fanden starken Widerhall in der Diskussion, die deutlich zeigte, wie nötig der Offene Brief, dieser „Blitz aus heiterem Himmel", für die politische Belebung der Organisation war. Erst nach 11 Uhr wurde die Diskussion, an der sich in erster Linie Genossen aus den Betrieben beteiligten, beendet, in der einmütig die Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten festgestellt werden konnte. In seinem Schlußwort rollte der Referent nochmals die Frage des 3. Weltkongresses der Komintern des Okt. 1923, die historische Rolle der Linken in der Partei, auf, zeigte die Fehler, deren Ausmerzung die grundsätzliche Klärung fördern und den beschrittenen Weg zur Bolschewisierung der Partei abkürzen müssen. Eine Resolution, von einem Mitglied der Betriebszelle „Sachsenwerk" eingebracht, fand einstimmige Annahme. Diese hat folgenden Wortlaut:

Die am 23. September tagende außerordentliche Arbeitsgebietstagung des AG. Leuben stellt sich nach einem Referat des Genossen Goldhammer mit anschließender gründlicher Diskussion restlos hinter den Brief des EKKJ. Die gesamte Mitgliedschaft verpflichtet sich, ihre ganze Kraft einheitlicher und intensiver als bisher auf die Gewerkschaftsarbeit zu legen. Die Reorganisation der Partei ist im Interesse einer bolschewistischen Durchführung der Arbeit unbedingt aufs schnellste durchzuführen. Die Mitgliedschaft erwartet, daß ihre jetzt verstärkte Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft in Zukunft von der Zentrale und allen leitenden, verantwortlichen Funktionären der Bezirke und Unterbezirke planmäßiger als bisher unterstützt, zusammengefaßt und geführt wird. Wenn alle Genossen und Genossinnen ihr Bestes hergeben zur Durchführung dieser Arbeit, wird das Ziel, die Eroberung der breiten Massen für den Kommunismus und die Zurückführung der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeitsbrüder in die Klassenfront, nicht mehr fern sein. Erst dann wird es uns gelingen, in internationaler, gewerkschaftlicher Einheitsfront unter Führung des Kopfes der Weltrevolution, der Kommunistischen Internationale, die Kapitalsoffensive zu brechen und mit der proletarischen Offensive zu beginnen.

Kommunisten, an die Arbeit!

An die deutschen Bauarbeiter!

Berufskollegen! Klassengenossen! 693

Es ist Mobilmachung!

Schluß mit der Uneinigkeit!
Schluß mit der Harmonieduselei!
Schluß mit der Passivität!

Der letzte Bauarbeiter muß organisiert werden!

Die Bauunternehmer bereiten einen neuen Angriff vor. Es genügt ihnen nicht, daß nur ein Teil der Bauarbeiter im Akkord schuftet oder Ueberstunden schiebt.

Die gesamte Bauarbeiterschaft soll jeden Tag 10, möglichst 12 Stunden arbeiten, und zwar in einem Tempo, wie es heute nur bei den wildesten Akkordwühlern üblich ist.

Jeder Bauarbeiter weiß aus eigener Erfahrung, daß, wenn allgemein 10 Stunden pro Tag und im Akkordtempo geschuftet wird, letzten Endes auch nicht mehr zu verdienen ist als zuvor. **Gerade das wollen die Bauunternehmer erreichen.**

Die Bauarbeiter sollen mehr arbeiten und weniger essen.

Die Dawesgesetze, der Wiederaufbau der kapitalistischen Ausbeuter- und Schieberwirtschaft, lassen keine Lohnerhöhungen zu, ohne daß der Profit der Kapitalisten geschmälert wird. Alle noch bestehenden wenigen sozialen Rechte der Bauarbeiterschaft sollen deshalb ganz beseitigt werden.

Die vollständige Verelendung der Arbeiterklasse soll durchgeführt werden.

Regierung, Staat und Kommune, Eisen- und Stahlkönige, Schlotbarone und Krautjunker, Banken, Hausbesitzerverbände und die gesamte bürgerliche Presse bilden eine geschlossene Front gegen die Bauarbeiter. Das hat **der letzte große Bauarbeiterkampf gezeigt.**

Deshalb muß Schluß gemacht werden mit der Zersplitterung.

Die ausgeschlossenen Bauarbeiter müssen wieder in den Baugewerksbund aufgenommen werden.

Die Unorganisierten und ehemaligen Mitglieder des BGB., die jetzt unorganisiert sind, müssen wieder hinein in den Bund.

Die Berufsverbände der Steinarbeiter, Dachdecker, Maler und Zimmerleute müssen sich dem BGB. anschließen, um ihn zu einem vollständigen Industrieverband zu machen.

Wiederholt hat der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter die Wiederaufnahme beantragt. Ebenso oft hat aber der Bundesvorstand des BGB. sie abgelehnt mit der Begründung, daß die Verbandstagsbeschlüsse, daß **die Mitglieder des Baugewerksbundes** dem Bundesvorstand die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen, also die Herstellung der Einheit verbieten.

Ihr Mitglieder des Baugewerksbundes! Die Ausgeschlossenen fragen euch: Ist es wahr, daß ihr die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen nicht wollt?

Hat die Bauarbeiterschaft durch die Zersplitterung noch nicht genug verloren?

Weshalb sorgt ihr nicht dafür, daß durch Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen der erste Schritt zur Beseitigung dieser verhängnisvollen Zersplitterung gemacht wird?

Der Bundesvorstand behauptet auch, daß die Wiederaufnahme deshalb nicht möglich ist, weil unsere Vorschläge zur Herstellung der Einheit nicht ehrlich gemeint sind.

Weshalb macht er nicht die Probe auf das Exempel?

Der **Bergarbeiterverband** hat die Mitglieder der **Bergbau-Union** restlos mit allen Rechten aufgenommen. Auch die aus dem BAV. Ausgeschlossenen.

Der Bundestag des **Verkehrsbundes** hat beschlossen, daß der **Schiffahrtsbund** in die Seeleutesektion des Verkehrsbundes aufgenommen wird.

Der **Einheitsverband der Eisenbahner** hat mit der Zentralstelle Berlin des **Freien Eisenbahnerverbandes** Vereinbarungen getroffen, die eine restlose Vereinigung der „Freien Eisenbahner" mit dem Einheitsverband gewährleisten.

Ueberall ist die Herstellung der Einheit ehrlich durchgeführt oder eingeleitet.

Was bei den Bergarbeitern, Eisenbahnern und Seeleuten möglich ist, muß auch bei den Bauarbeitern möglich sein.

Aber nicht nur die Vorschläge der Ausgeschlossenen sind abgelehnt worden, sondern auch dort, wo Mitglieder des Baugewerksbundes Schritte zur Herstellung der Einheit unternommen haben oder unterstützten, sind dieselben durch den Bundesvorstand wieder unterdrückt worden.

In **Solingen** und in **Barmen-Elberfeld** haben die Mitglieder der Baugewerkschaften einstimmig beschlossen, die Ausgeschlossenen als vollberechtigte Kampfgenossen in ihre Reihen wieder aufzunehmen. In **Barmen** hatte darauf der Verband der Ausgeschlossenen sofort die Beitragsklassierung eingestellt und sogar schon eine große Anzahl Mitgliedsbücher im Bureau der Baugewerkschaft Barmen-Elberfeld zum Umschreiben abgeliefert. **Ein besserer Beweis dafür, daß die Ausgeschlossenen ehrlich die Einheit wünschen, ist doch wahrhaftig nicht denkbar.** Aber auch dieser Schritt zur Einheit wurde durch den Bundesvorstand zerschlagen. Die Mitgliedsbücher wurden dem Verband der Ausgeschlossenen wieder zurückgegeben, die Wiederaufnahme wird verweigert.

Kollegen vom Baugewerksbund! Seid ihr damit einverstanden? — Nein! Ihr könnt nicht damit einverstanden sein, denn die Einheit der Bauarbeiterbewegung ist die Voraussetzung zum Sieg der Bauarbeiter.

Es ist Mobilmachung!

Berlin, September 1925.

Im Auftrage des VDAB.: Otto Bachmann.

Die sächsischen Gemeindebeamten gegen die Lutherpolitik

Auf der vom 18. bis 21. September in Freiberg stattgefundenen 53. Jahreshauptversammlung des Sächsischen Gemeindebeamtenbundes wurde folgende Entschließung angenommen:

„1. Die Bundeshauptversammlung gibt der Empörung der sächsischen Gemeindebeamtenschaft über die entgegen den Versprechungen der Reichsregierung und der Regierungsparteien des Reichstages betätigte Wirtschafts- und Besoldungspolitik Ausdruck. Die Reichsindexziffer steht fast 50 Prozent über dem Friedensstand; sie ist seit der letzten unzulänglichen Verbesserung der Kaufkraft der Beamtengehälter um mehr als 20 Prozent gestiegen. Das Monatsrealeinkommen aller Besoldungsgruppen liegt sowohl im Anfangs- wie im Endgehalt weit unter dem Friedensstand. Trotz Anerkennung der Notlage der Beamtenschaft sind alle feierlichen Versprechungen von Regierung und Regierungsparteien bewußt uneingelöst geblieben. Ungeachtet ausreichender Ueberschüsse im Reichsetat ist auch eine Wirtschaftsbeihilfe abgelehnt worden. — Selbst von der Ermächtigung zur Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses hat der Reichsfinanzminister trotz wiederholter Mietsteigerungen bis heute keinen Gebrauch gemacht. Die Steuer- und Zollgesetzgebung der letzten Zeit hat eine weitere Belastung der Verbraucherschaft zur unausbleiblichen Folge, die auch durch die Preissenkungsaktion nicht ausgeglichen werden kann. — Die Bundeshauptversammlung weist auf die unheilvollen Folgen für Staat und Wirtschaft hin, die aus diesem Verhalten unter der Verantwortung der Reichsregierung und des Reichstages erwachsen müssen, und erwartet, daß der einseitig zugunsten bestimmter Wirtschaftskreise betriebenen Politik ein Ende bereitet wird. Die Bundeshauptversammlung verwahrt sich mit Entrüstung gegenüber der von den gleichen Wirtschaftskreisen gegen die Gemeindebeamtenschaft getriebenen unverantwortlichen Hetze. Von Regierung und Parlament wird gefordert: **Schutz gegen die unberechtigten Angriffe und schleunige Beseitigung der Notlage der Beamtenschaft.**

2. Die Bundeshauptversammlung fordert von der Landesregierung die schleunige Einbringung eines Abänderungsgesetzes zum Personalabbaugesetz nach dem Vorgehen des Reiches und Verhinderung der weiteren Handhabung des geltenden Personalabbaugesetzes in den Gemeinden durch Erlaß einer Notverordnung.

Die Bundeshauptversammlung mißbilligt erneut aufs schärfste, daß das in der Reichsverfassung zugesicherte Beamtenrecht nicht gefördert worden ist, und gibt weiter der Erwartung Ausdruck, daß das Reichsparlament dem von der Reichsregierung dem Reichsrat vorgelegten Entwurf zu einem Beamtenvertretungsgesetz eine Fassung gibt, die den berechtigten Forderungen der Beamtenschaft Rechnung trägt.

Die Bundesversammlung verurteilt die erfolgte Verlängerung der Geltungsdauer des Besoldungssperrgesetzes, verwahrt sich gegen alle Versuche, mit Hilfe von Bestimmungen des Finanzausgleichgesetzes besoldungssperrgesetzliche Maßnahmen durchzuführen und fordert, daß entsprechend den feierlichen Zusicherungen des Reichsfinanzministers eine weitere Verlängerung dieses Ausnahmegesetzes endgültig unterbleibt."

Die sächsische Beamtenschaft erhebt ihren Notschrei einmütig. Sie muß sich aber klar sein, daß die Luther-Regierung den letzten Blutstropfen aus den Arbeitern und unteren Beamten herausaugen wird, wenn nicht ein Massensturm aller Unterdrückten diese Regierung hinwegfegen wird. Darum muß auch den Beamten gesagt werden: nicht „hoffen" und „erwarten", und auch nicht nur protestieren, sondern mitkämpfen mit der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Kann Luther die Preise abbauen?

Der erste Oktober, der Tag des großen „Preisabbaues", rückt näher; noch ist nicht viel davon zu merken. Herr Luther muß sich beeilen, wenn er sein Versprechen einlösen will.

Ob er es tut, ob er es kann?

Viele Arbeiter haben die einfache Vorstellung, daß ein Preisabbau durch die Lutherregierung überhaupt nicht möglich ist und niemals durchgeführt wird. Das ist nicht ganz richtig.

Luther kann die Preise abbauen, und es ist möglich, daß er sogar einen Abbau beginnt. Um das genau zu verstehen, muß man sich klar sein über den Sinn dieser Aktion, die Luther Anfang August ankündigte.

Daß die Repräsentantin des finanzkapitalistisch-großagrarischen Blocks, die Lutherregierung, nicht etwa die Profite der Kapitalisten beschneiden wird, erscheint jedem klar. Wenn Luther eine Aktion gegen hohe Preise unternimmt, dann nur, **um den Preis einer ganz bestimmten Ware, der Arbeitskraft, abzubauen, das heißt, daß die Löhne gesenkt werden sollen!**

Das ist ja auch der ganze Zweck der Uebung. Die Lutherregierung läßt durch eine von ihr inspirierte Korrespondenz erklären, daß keine neuen Lohnbewegungen erfolgen dürften, weil die Preisabbauaktion dadurch gestört würde, schon schnappen die Unternehmerorganisationen darauf ein und wiederholen die Parole in jeder Erklärung, Entschließung, auf jeder Tagung, Sitzung, in jedem Kongreß. Ja, manche Gewerkschaftsführer stellen aus diesem Grund sogar Lohnforderungen zurück.

Man muß sich klar werden, daß die Preissenkung der Ware Arbeitskraft, nämlich die Herabsetzung der Löhne, nicht sofort erfolgen wird. Wenn die Schlichter heute schon Schiedssprüche mit verminderten Lohnen fällten, würden die Arbeiter aufmerksam, rebellisch werden. Luther wird also erst einige „Erfolge" aufweisen müssen, ehe er seinen Feldzug gegen die Arbeiterklasse eröffnet.

Er wird es dann machen wie Müller und Schultze oder Levi und Cohn, die beim großen Saison-Ausverkauf einige minderwertige, minder wichtige Waren im Preis herabsetzen, um nachher bei lebensnotwendigen Artikeln die Leute um so mehr übers Ohr zu hauen. Luther kann also zum Beispiel die Umsatzsteuer herabsetzen, den Kohlenpreis um 20 Pf. pro Tonne senken lassen und ähnliche wenig schädliche Mittel anwenden, um nachher mit Hilfe von Statistiken und einem guten Index den Arbeitern klarzumachen, daß auch sie selbstverständlich nicht zu hohe Löhne verlangen können.

Die Arbeiterschaft wird aufpassen müssen, daß dieses Manöver nicht gelingt!

Brand-Erbisdorf. (Aus dem Gemeindeparlament.) In unserer Gemeinde soll am 1. Oktober die unentgeltliche kommunale Totenbestattung eingeführt werden. Den Gemeindeverordneten lag nun ein Entwurf eines Ortsgesetzes hierzu zur Beschlußfassung vor. Dieser enthielt eine Anzahl sehr niedriger Bestimmungen. Ein Anrecht auf unentgeltliche Bestattung sollten nach § 4 nur Reichsdeutsche haben. **Auf Antrag der KPD.-Fraktion wurde beschlossen: Ausländer kommen nach 1 Jahr Aufenthalt in den Genuß der unentgeltlichen Totenbestattung. Die SPD. hatte eine Wartefrist von 5 Jahren beantragt.** — Weiter lag ein Gesuch der Arbeiter des Wasserleitungsbaues (der in eigener Regie ausgeführt wird) vor, in welchem die Arbeiter Bezahlung nach Tiefbauarbeitertarif forderten. Die Bürgerlichen beantragten, die Arbeiten an Privatunternehmer zu vergeben, dann würden die Arbeiter nach dem Tiefbautarif bezahlt, andernfalls würde die Stadt kontraktbrüchig. Dieses Gefasel wurde von unseren Genossen widerlegt und beschlossen, die Arbeiten in eigener Regie weiter auszuführen und den Arbeitern sofort den Tiefbautarif zu zahlen. Bisher erhielten sie Bezahlung nach Gemeindearbeitertarif, welcher niedrige Lohnsätze vorsieht.